

TTIP, CETA und TiSA

Demokratieabbau stoppen



Foto: Jakob Huber

Die Proteste gegen „Freihandelsabkommen“ wie TTIP zwischen der EU und den USA, CETA mit Canada und TiSA zur Liberalisierung von Dienstleistungen weltweit gehören nicht nur zu den Kernpunkten unserer Attac-Aktivitäten. Sie haben auch darüber hinaus eine immense Dynamik entwickelt. Mit hunderten von Veranstaltungen, mit der „Stoppt TTIP“-Kul.tour, mit Kampagnenelementen wie „TTIP in die Tonne“, „TTIP-freie Kommunen“ oder „Ich bin ein Handelshemmnis“ haben die Attac-Gruppen, oft auch in Bündnissen vor Ort, mit vielen kreativen Ideen und vielfältigen Aktionen einen enormen Beitrag zum Entstehen einer breiten Bewegung geleistet.

Mit diesem reichen Angebot an Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wurde zusammen mit vielen Bündnispartnern ein wichtiges Etappenziel erreicht: Die Verhandlungen finden zwar noch immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, aber nicht ohne eine öffentliche kritische Debatte. Eine Umfrage belegt: BürgerInnen, die informiert sind, lehnen diese Abkommen mehrheitlich ab.

Schon vor 16 Jahren scheiterte ein Multilaterales Investitionsschutzabkommen, das MAI, das schon damals ein Klagerecht von Konzernen gegen Staaten vorsah. So, wie Dracula im Licht des Tages abstirbt, platzten die Verhandlungen, nachdem die Pläne in die Öffentlichkeit gelangten. Auch wenn wir noch nicht so weit gekommen sind, die Erfahrung zeigt: Wir können gewinnen, weil unsere Argumente überzeugen.

Demokratie entsteht aus gesellschaftlicher Einmischung. Diese scheint aber höchst unerwünscht zu sein. Die EU-Kommission hat unsere Europäische Bürgerinitiative (EBI), eine europaweite Petition gegen TTIP und CETA, nicht zugelassen – mit faden-scheinigen Begründungen. Es handelt sich ganz offensichtlich um eine politische Entscheidung. Wir waren uns im Bündnis sehr schnell einig: Wir werden jetzt erst Recht eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (seBI) in einem breiten Bündnis mit mehr als 250 Organisationen aus 22 EU-Ländern organisieren. Damit geben wir die richtige Antwort auf den demokratiefeindlichen Versuch, selbst die schwachen demokratischen Rechte auf EU-Ebene zu verhindern.

Inhalt

Interview

Bilanz Konzernsteuerkampagne – 2 –

Hintergrund

Zu Besuch in Kurdistan – 3 –

Die drei Freihandelsabkommen – 4 –

Attac Schwerpunkte 2015 – 5 –

Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

Portrait

Ein Jahr in der Attacademie – 8 –

In eigener Sache

Gemeinnützigkeit – 9 –

Aktiv

Blockupy-Festival, Theorieblog – 10 –

Kiosk

Neue Publikationen – 11 –

Nur fünfeneinhalb Tage nach dem Start haben bereits eine halbe Million Menschen die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative online unterschrieben. Das ist ein deutliches Zeichen.

Der Aktionstag am 11. Oktober unter dem Motto „Stop TTIP, CETA und TiSA“, der zeitgleich in zahlreichen Ländern Europas stattfand, war ein nächster wichtiger Schritt und als erste breite internationale Mobilisierung ein großer Erfolg. Allein in Deutschland waren die Menschen bei mehr als 150 Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen auf den Straßen. Es sind an vielen Orten breite Bündnisse entstanden. Lokale Attac-Gruppen haben dabei oft eine wichtige Rolle gespielt.

Ein Jahr mit vielen kleinen Erfolgen bietet eine gute Grundlage, um diese Abkommen zu verhindern und weiter für eine alternative Handels- und Investitionspolitik zu streiten.

Roland Süß, Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/sebi

www.ich-bin-ein-handelshemmnis.de

Den Hütchenspielern auf die Hände geschaut

Bilanz der Konzernsteuerkampagne

Vor rund einem Jahr startete Attac in Berlin die Kampagne für eine Gesamtkonzernsteuer. Mit pfiffigen Aktionen vor den Filialen von Ikea und Starbucks wurde die Forderung nach Steuergerechtigkeit und einer Bekämpfung der Konzernsteuertricks in eine breite Öffentlichkeit getragen. Jutta Sundermann, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis, hat die Kampagne von Anfang an begleitet.

Liebe Jutta, Du hast im letzten Jahr intensiv in dieser Attac-Kampagne mitgearbeitet. Wie fällt Deine persönliche Bilanz aus?

Ich bin ja selbst eher spät zur Steuerarbeit bei Attac gestoßen. Natürlich war da immer wieder eine Auseinandersetzung mit den Steueroasen, in denen die

sind mit wirklich gut recherchiertem und sachlich fundiertem Kampagnenmaterial untermauert. Wir haben inzwischen in Attac tolle Experten zu diesem Thema; ich selbst habe bei einer Kampagne selten soviel dazugelernt.

Zum anderen sind wir mit vielen Menschen ins direkte Gespräch gekommen, haben Leute mit unseren Starbucks-Gutscheinen neugierig oder bei den Hütchenspielen vor den Ikea-Filialen nachdenklich gemacht. Wenn die Ordnungshüter dann auch noch wie in Dortmund völlig überzogen reagierten, dann blieb das Thema bisweilen tagelang in der öffentlichen Diskussion.

Ein toller Erfolg war auch die Kooperation mit Compact: Die hatten uns angeboten, 100.000 Menschen in ihrem Verteiler auf unsere Unter-

froh, mit Markus Henn vom Netzwerk Steuergerechtigkeit einen ausgewiesenen Fachmann dabei zu haben, der die Sprache der Regierungsvertreter zu interpretieren weiß.

Dass der Druck von unten nicht nachlassen darf, das sehen wir an dem Fallrückzieher von Finanzminister Schäuble in Sachen der Besteuerung von konzerninternen Lizenzgebühren: Weil er die Niederlande nicht dazu bewegen konnte, die Quasi-Steuerfreiheit für Lizenzgebühren, die zum Beispiel von Ikea in Deutschland an Ikea in Holland gezahlt werden, aufzuheben, will Herr Schäuble nun so was auch hierzulande einführen. Er setzt offensichtlich darauf, dass er es als „Forschungsförderung“ und „Patentbox“ als weniger problematisch verkaufen kann.



großen Vermögen versteckt und der Besteuerung entzogen werden. Ich fand es dann aber spannend zu sehen, dass es noch ganz andere Methoden der Steuervermeidung gibt und dass sie mitnichten nur von den Superreichen und Kriminellen angewandt werden. Es gibt weltweit geradezu eine Steuervermeidungsindustrie: Konzerne bezahlen tausende von Spezialisten dafür, genau diese Tricks und rechtlichen Lücken zu finden. Sie nennen das Steueroptimierung, und das meiste davon ist legal. Deshalb müssen auch die Gesetze geändert werden. Das geht natürlich nicht von heute auf morgen, das haben wir auch von Anfang an gewusst.

Bist Du trotzdem mit dem Verlauf der Kampagne zufrieden?

Was für mich die Kampagne zu einem Erfolg gemacht hat, ist zum einen, dass es uns gelungen ist, das Thema Steuergerechtigkeit auf die Straße zu tragen und viele Leute zum Mitmachen zu bringen. Die absolut skandalösen Praktiken von Apple, Starbucks, Google, Ikea und anderen sind ans Tageslicht gezogen worden, und unsere Argumente

schriftensammlung aufmerksam zu machen. Es war super: In ganz kurzer Zeit haben mehr als 20.000 von ihnen unseren Appell unterschrieben. Viele sind auf diese Weise zum ersten Mal auf die Attac-Website gelangt, mehrere Hundert haben unseren Newsletter abonniert.

Und auf der Europäischen Sommerakademie haben wir bei Attac Norwegen dankbare Abnehmer für unsere Aktionsideen und Materialien zu Ikea gefunden.

Ihr habt es sogar zu Einladungen mit Regierungsvertretern gebracht. Nutzen solche Gespräche eigentlich etwas?

Wie wir das in Attac schon immer gesehen haben: Solche Gespräche sind nur dann sinnvoll, wenn gleichzeitig ordentlich Druck von der Straße gemacht wird. Aber es ist auch interessant zu erleben, dass selbst Ministerialbeamte in Berlin und Düsseldorf von unseren Materialien begeistert waren und unsere locker-frechen, aber fachlich richtigen Ideen gelobt haben. Steuerpolitik muss eben nicht immer dröge sein. Aber ich war auch

Wie geht die Arbeit am Thema Steuergerechtigkeit in Attac nun weiter?

Zum einen haben wir mit dem Aktionspaket zu Amazon einen Bezug zwischen der Konzernbesteuerung und dem TTIP-Abkommen hergestellt, das derzeit in vielen Attac-Gruppen intensiv bearbeitet wird. Denn wenn mit dem Freihandelsabkommen die Buchpreisbindung fällt, dann können Steuertrickser wie Amazon noch reibungsloser Profite machen.

Und noch ein Material ist fast fertig: Die Steuertricks der Konzerne haben nicht nur bei uns Auswirkungen, sie treffen in besonderem Maße auch die ärmsten Länder. Auf einer Weltkarte erläutert unser neuer Bananenflyer, wie rund um den Globus Niederlassungen in Steueroasen den Bananenkonzernen helfen, Steuern in den Herkunftsländern der gelben Frucht zu vermeiden. Dieses Material eignet sich gut für Infostände oder auch für den Einsatz in Weltläden.

Du selbst wirst für den kommenden KoKreis nicht mehr kandidieren. Aber wie ich Dich kenne, wirst Du deshalb noch lange nicht die Hände in den Schoß legen. Zu welchen neuen Ufern zieht es Dich?

Mein Lieblingsthema ist eigentlich die Landwirtschaft. In Attac kommt das aber eher am Rande vor, ein wenig bei TTIP, bei der Diskussion über Agrarrohstoff-Spekulation. Ich möchte das jetzt wieder mit ganzer Energie machen und starte mit ein paar starken Frauen die Kampagnen-Organisation Aktion Agrar. Die Agrarwende ist ein großes Thema für die nächsten Jahre und ein Bereich, in dem gerade einiges in Bewegung kommt.

Interview: Lena Bröckl

Rojava/Syrien

Der neue Westen

Der Sinn des Widerstands. Zu Besuch in Kurdistan.



Foto: Yann Renault

Es ist eine angenehme Gelassenheit, auf die man trifft, wenn die kleine Fähre den Tigris bei Semalka überquert hat und einen die junge Grenzsoldatin mit ihrem Lächeln begrüßt. Handschriftlich wird der Name in eine Kladde eingetragen und schon ist man angekommen im Westen Kurdistans, der in Syrien nur Rojava genannt wird. Vielleicht sind Gemeinwesen immer dann besonders sympathisch, wenn sie im Werden sind, wenn das Alte, die ehemals alles beherrschende Macht, vergangen und die neue Ordnung noch längst nicht verordentlich ist. Alles in Rojava strahlt dieses Gefühl einer großen Improvisation aus, ob in Begegnungen mit Ärzten in Flüchtlingslagern, mit Angehörigen der überall sichtbaren militärischen Selbstverteidigungskräfte (YPG/YPJ), oder aber mit Politikern in der neuen Kantonsversammlung von Cizîrê, einem der drei „demokratischen autonomen Regionen“ neben Kobanê und Efrîn. In einem früheren Theatersaal treffen sich Angehörige von Parteien und Nichtregierungsorganisationen wöchentlich zu einer Parlamentssitzung, in der die Alltagsfragen der entstehenden direkten kommunalen Demokratie gelöst werden: Gesetzesinitiativen zur Qualitätskontrolle von Lebensmitteln, kommunale Müllabfuhr oder die allgegenwärtige Flüchtlingsversorgung: „Wir entdecken die Freude an der Debatte und am Entscheiden“, sagt Ekrem Heso, syrisch-orthodoxe Christin und Präsidentin der Versammlung. Sie

klings begeistert. Bislang sei es ein Parlament auf Probe, aber noch in diesem Jahr werden Lokalwahlen stattfinden. Dass die autoritäre Kultur der alten Baath-Partei endgültig vorbei sei, zeige sich auch in den ersten Gesetzesblättern. Sie sind in den drei offiziellen Schriften des Kantons verfasst, neben dem Kurdischen auch in Arabisch und Suryoyo, die Sprache der Christen der Region. „Endlich sind wir alle sichtbar“, betont Heso im Gespräch. Der Nahe Osten ist eine multiethnische, multikonfessionelle Region, in der seit vielen Jahrhunderten Sunnit_innen, Schiit_innen, Christ_innen und Jesid_innen zusammenleben – das imperiale Europa hat zwar historisch der Region in einem autoritären Akt Grenzen und Staatsgebilde verordnet, aber die kulturelle Diversität hat es nicht geschaffen, die bestand. Menschen haben, seit es sie gibt, in ihrem Alltag praktizierte Sitten, die sie in ihrer Geschichte auszeichnen: Sprache, Anredeformen, politische und kulturelle Symbole ihres besonderen Gemeinsamen. So problematisch sie sind: In der Not brutaler Unterdrückung, gar drohender Auslöschung können sie unverzichtbar sein. Wer unterdrückt wird, dem wird kollektives Selbstbewusstsein zum Überlebensfaktor.

Die Kurd_innen Syriens, jahrzehntelang die Ausgeschlossenen unter den Ausgeschlossenen, haben jetzt ihr Recht zu sprechen, zur kulturellen Sichtbarkeit und zu einer

selbstbestimmten politischen Existenz erobert. Sie haben aufgehört, vor allem die Opfer eines repressiven arabischen Zentralismus zu sein, sie fordern Recht und Gerechtigkeit und handeln in der Perspektive auf ein förderales Gemeinwesen aller Syrer_innen. Die Geschichte hat bewiesen, dass sich jede neu entstehende Demokratie immer auch aus der Möglichkeit ihrer selbst begründet, aus ihrer besonderen Differenz und Andersartigkeit zu der Gewalt, der sie entgegentritt. Das zeigt sich auch im Schingal-Gebirge, wo das junge Rojava die verzweifelten Jesiden in einer spektakulären humanitären Intervention vor dem Massenmord rettete.

All das bildet den tieferen Erfahrungshorizont, der uns verstehen lassen kann, warum seit Wochen in der syrisch-türkischen Grenzstadt Kobanê die Kämpfer und im Besonderen auch die Kämpferinnen der kurdischen YPG/YPJ gegen die hochgerüsteten dschihadistischen Milizen des „Islamischen Staates“ (IS) einen erbitterten Widerstand leisten – wenn es sein muss bis zum Tod, wie sie immer wieder versichern. Eine Aufgabe der Stadt würde für sie auch die Aufgabe ihres politischen Traums bedeuten. Für die Kurd_innen in Syrien, aber auch in der Türkei, für viele selbst in der globalen kurdischen Diaspora, geht es um einen Griff in eine andere, gesellschaftliche Zukunft, fernab von ethnischen und konfessionellen Zuschreibungen, und sogar jenseits von Staatlichkeit und Grenzen. Es sind dies die Gründe, warum eine religiös-fundamentalistische und extrem patriarchale Bewegung wie der IS die Idee einer solchen Kommune der Freien und Gleichen nicht dulden kann, und warum auch die autoritäre türkische AKP-Regierung alles versuchen wird, um das demokratische Experiment Rojava in Syrien nicht siegen zu lassen. Wir sollten dieses Mal die Kurd_innen nicht wieder alleine lassen.

Die solidarische medico-Nothilfe in den kurdischen Gebieten Syriens ist mehr als nur eine humanitäre Aktion. Sie ist auch eine politische Antwort auf die zunehmende Konfessionalisierung und Ethnisierung des Sozialen in der Region. Spenden und Infos unter:

www.medico.de

Martin Glasenapp, stellvertretender Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Attac-Mitgliedsorganisation medico international

Freihandelsverträge

Das Liberalisierungskarussell dreht sich wieder



Nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 setzte kurz eine Diskussion darüber ein, ob und wie die Handelspolitik diese Krise mit ausgelöst hatte. Ansatzweise fanden sich Argumentationen im Mainstream, die zum Grundschatz der globalisierungskritischen Bewegung gehörten. Es war die Rede von globalen Handelsungleichgewichten, negativen Folgen einer überzogenen Marktöffnung und Liberalisierungsdoktrin, die ohne Sinn und Verstand auf Privatisierung setzte.

Allerdings kehrte die offizielle Politik schnell zum alten Muster zurück: Jedes Land versucht seinen Export von Waren, Gütern und Dienstleistungen zu steigern und seine „Wettbewerbsfähigkeit“ zu beweisen. Eine solche Strategie ist darauf angewiesen, ständig Märkte zu öffnen und Regulierungen abzubauen oder anzupassen, wofür eigentlich u.a. die Welthandelsorganisation (WTO) sorgen sollte. In den Augen vieler Beteiligten ist die WTO aber zu schwerfällig und ineffektiv geworden. Alternativ setzt man auf Abkommen zwischen willigen Partnern, um so der neoliberalen Globalisierung mehr Leben einzuhauchen.

Freihandelsabkommen CETA

Aus einer Liste von Abkommen sticht das CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) heraus. Denn nach Jahren der Verhandlung hat die EU-Kommission im Auftrag ihrer

28 Mitgliedsstaaten mit Kanada nun Liberalisierungsvorgaben (u.a. Zoll- und Quotensenkung, gegenseitige Marktöffnung im Bereich öffentliche Beschaffung und Auftragsvergabe, Dienstleistungsliberalisierung) in einem fast 1.600 Seiten umfassenden Vertragsentwurf formuliert. Der Entwurf liegt nun den Regierungen zur Begutachtung vor, die Öffentlichkeit kann ihn durch den Leak auf der Website der Tageschau (ARD) ebenfalls studieren.

Der Vertrag enthält alle Punkte, die Attac und andere Kritiker seit langem befürchten. Die Wünsche der Industrielobby und Unternehmen wurden umfangreich berücksichtigt, „Handelshemmnisse“ sollen flächendeckend beseitigt werden. Das heißt, politisch gesetzte Regeln, Standards und Normen in Kanada und der EU werden geschliffen. Insbesondere das stark umstrittene Kapitel zum Investitionsschutz mit geheimen Schiedsverfahren ist ohne Abstriche enthalten. Dabei gibt es in Kanada und der EU ein funktionsfähiges Rechtssystem. Sonderrechte für Unternehmen braucht niemand, außer „klagende“ Unternehmen. Denn sie können so effektiv gegen unliebsame Regeln vorgehen, politisch Druck und Geld machen. Jede Regierung, die einem solchen Vertrag zustimmt, legt sich in der Ausgestaltung von Recht und Gesetz Fesseln an und setzt den Steuerzahler unbekanntem Risiken aus. Es kann nur eine Antwort geben: CETA stoppen!

Nächstes Großprojekt: TiSA

Noch nicht so fortgeschritten aber ebenso gefährlich ist TiSA (Trade in Service Agreement). Hier geht es um den ambitionierten Versuch der Liberalisierung eines einzelnen Handelsbereichs bzw. Sektors: der Dienstleistungen. Dazu trifft sich seit Monaten eine „Koalition der Willigen“-Verhandlungspartner – 22 Staaten plus EU-Kommission. Formuliert wird ein Vertrag zur Öffnung der Dienstleistungsmärkte. Dabei ist „Dienstleistung“ ein dehnbare Begriff, und es liegt in der Natur der Sache, dass von einem solchen Abkommen die öffentliche Daseinsvorsorge (u. a. Wasser, Strom, Abfallentsorgung, Gesundheit), Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, die Forschung, Entwicklung und Bildung sowie die Mobilität von Arbeitskräften betroffen sein werden. Inwiefern heute gültige Standards – etwa zum Arbeitsrecht, Unfall- und Gesundheitsschutz oder zur Finanzmarktregulierung – gehalten werden können, künftige Dienstleistungen reguliert und/oder die Re-kommunalisierung bestimmter Aufgaben möglich sein werden, ist völlig ungewiss.

TiSA, CETA und das ebenfalls parallel verhandelte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, TTIP, haben eins gemeinsam: Sie werden geheim verhandelt. Öffentliche Kritik stört. Verhandlungstexte bleiben im Verborgenen, außer sie werden geleakt. Die Legitimation wird sich im Nachgang durch ein bloßes parlamentarisches „abnicken“ vollständiger Vertragsentwürfe eingeholt. Eine ernsthafte Debatte ist durch diesen Zuschnitt von Beginn an ausgeschlossen. Denn schon allein die Komplexität der Materie und die unüberschaubaren Wirkungen der Vertragsklauseln verhindern es selbst für Parlamentarier, solche Verträge ernsthaft zu prüfen. Es bleibt dann nur der Glaube, dass die Verhandlungsführer und politischen Entscheider schon richtig und gut verhandelt haben. Für jeden aufgeklärten Menschen ist dies aber ein Armutszeugnis und angesichts der Erfahrungen mit der neoliberalen Globalisierung seit den 1980er Jahren ein kaum verdeckter Schlag ins Gesicht.

Christian Christen, Wirtschaftswissenschaftler, Publizist und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac

Armut und Naturzerstörung

Zwei Probleme, eine Ursache

Der Attac-Ratschlag diskutiert und entscheidet in jedem Herbst die anstehenden Projekte und Kampagnen für das folgende Jahr. Im letzten Jahr hat der Ratschlag beschlossen, für 2015 möglichst einen gemeinsamen inhaltlichen Schwerpunkt für das Attac-Netzwerk festzulegen. Dafür liegt nun ein Vorschlag vor, der hier vorgestellt wird.

Täglich werden Dinge produziert, die kein Mensch braucht, und gleichzeitig hat fast eine Milliarde Menschen auf dieser Welt nicht mal genug zu essen. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen werden zerstört, wenn wir die Ausbeutung fossiler Rohstoffe zur Energiegewinnung nicht stoppen – trotzdem geht sie unverändert weiter, und der weltweite CO₂-Ausstoß steigt nach wie vor an. Als hätte es die Finanzkrise 2007 nicht gegeben, werden die Finanzmärkte immer noch nicht wirksam reguliert, statt dessen wächst die nächste Finanzblase heran. Wann sie platzen wird, ist ungewiss – wer die Rechnung dafür bezahlen wird, dagegen weniger. Es werden wieder nicht die Vermögenden sein, sondern diejenigen, die so schon nur knapp über die Runden kommen. Armut und Hunger, fossile Energiepolitik und Naturzerstörung, Zunahme der sozialen Ungleichheit und eine weiter anwachsende Finanzblase, Kriege und Militärinterventionen – laufen diese Prozesse alle nur zufällig parallel oder haben sie vielleicht sehr viel mehr miteinander zu tun, als es auf den ersten Blick scheint?

Zwischen diesen Phänomenen gibt es einen engen Zusammenhang, der mit der Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie zu tun hat. In der geht es nämlich nicht in erster Linie darum, nützliche Dinge für ein gutes Leben für alle zu schaffen und dies unter Bedingungen, die die Natur schonen. Es geht um etwas ganz anderes: Geld wird als Kapital so investiert, dass es sich vermehrt, um wieder investiert zu werden. Die aufgehäuften Vermögen konkurrieren dabei um die besten Rendite-Möglichkeiten, und es besteht ein Zwang zu Konkurrenz, Anhäufung von Profit und damit Wachstum. Dieser Zwang betrifft sowohl die kapitalistische Warenproduktion als auch die Finanzmärkte, über die selbst wieder in die globale Produktion investiert wird.

Die kapitalistische Konkurrenz- und Wachstumswirtschaft führt zu unnützer Produktion

bei gleichzeitigem Mangel, zur Umverteilung nach oben, zunehmender Ungleichheit sowie physischer und psychischer Überforderung der Arbeitenden. Es ist genug für alle da, aber zu viele Menschen haben schlicht zu wenig Geld, um ihre Bedürfnisse zu erfüllen. Ursache dafür ist, dass die kapitalistische Ökonomie sich in erster Linie am Tauschwert orientiert, also daran, wie ein Produkt auf dem Markt verwertbar ist. Der Gebrauchswert, die konkrete Nützlichkeit eines Produktes oder einer Dienstleistung, interessiert sie nur als Mittel zum Zweck. Und der lautet Profit. Die Gewinner dieser Ökonomie sind global agierende Konzerne. Auch die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen findet



Foto: Klaus Ihlau

global statt, mit Verlierern über alle Ländergrenzen hinweg. Allerdings ist die Bevölkerung der Länder im Süden der Welt von diesen unzumutbaren Bedingungen, den Folgen der Ressourcenplünderung und des Klimawandels ungleich härter und umfassender betroffen als in den nördlichen Industrieländern, wo große Teile der Bevölkerung von der ‚imperialen Lebensweise‘ profitieren.

Aktive bei Attac beschäftigen sich in den Regionalgruppen und den bundesweiten Arbeitsgruppen mit den unterschiedlichen Aspekten dieser Entwicklung. In der Kampagne gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA protestieren wir gegen die Folgen einer neoliberalen Handelspolitik, die meint, über

die Senkung sozialer und ökologischer Standards Wachstum generieren zu können. Beim Kampf gegen den Braunkohleabbau wehren wir uns gegen eine Energiepolitik, die den Profit vor die Natur stellt. Wir leisten einen Beitrag zur Skandalisierung der nach wie vor vorherrschenden Benachteiligung von Frauen, indem wir aufzeigen, wie die bisher meist weiblich geleistete Sorgearbeit unsichtbar gemacht wird, um sie unentgeltlich in Anspruch nehmen zu können. Den Kampf um die Rekommunalisierung kommunaler Dienstleistungen führen wir, damit diese nicht länger dem Markt und damit den Renditeerwartungen von Konzernen unterworfen sind. Und beim Konflikt um die fortschreitende Kommerzialisierung des Gesundheitswesens wehren wir uns dagegen, dass Gesundheit immer mehr zur Ware gemacht wird.

Alle diese Aktivitäten sind gut und wichtig. Was ihnen mitunter fehlt, ist die Bezugnahme auf die gemeinsame Ursache der bekämpften Missstände. Mit der Schwerpunktsetzung für die Attac-Arbeit 2015 wollen wir versuchen, diese in den Fokus zu nehmen. Wenn die Analyse zutrifft, dass die kapitalistische Konkurrenz- und Wachstumsökonomie die wesentliche Ursache für Armut und Naturzerstörung ist, dann müssen sich auch unsere Aktivitäten für eine andere mögliche Welt auf die Transformation dieser Produktions- und Konsumweise beziehen.

Dafür werden wir wieder Bildungsaktivitäten anbieten und Aktionen planen. Das Jahr 2015 bietet reichlich Anlässe dafür: TTIP, CETA und TiSA sind noch nicht gescheitert. Wir werden dazu weiterhin aktiv bleiben und dabei unsere grundsätzlich Kritik am Wachstumsfetisch als neoliberale Krisenlösung formulieren. Im Frühjahr steht die Eröffnung der EZB an – ein guter Anlass, um mit Aktionen in Frankfurt den wirklichen Grund für die Krise zu thematisieren. Im Sommer treffen sich die G7-Staaten zu ihrem Gipfel in Elmau, um ihre Politik abzustimmen, und Ende des Jahres tagt der Klimagipfel in Paris. Das sind Gelegenheiten, mit unseren Gegenpositionen zu zeigen, dass wir sehr konkrete Forderungen für eine alternative Politik heute haben und darüber hinaus für eine grundsätzliche sozial-ökologische Transformation streiten!

Thomas Eberhardt-Köster, Attac-Koordinierungskreis



Europäische Attac-Sommeruniversität 2014 in Paris

Rückblick

23. Juni 2014

Blockupy: Frankfurter Richter rechtfertigen Polizeikessel

Auch vor Gericht ist das Versammlungsrecht in Frankfurt in schlechten Händen: Das Anhalten der Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 und der Polizeikessel seien rechtmäßig gewesen, urteilt das Verwaltungsgericht Frankfurt. Und das obwohl die Verhandlung klar ergeben hat, dass von der Demo keine Angriffe oder Gewalt ausgingen. Das Blockupy-Bündnis kündigt Berufung an.

15. Juli 2014

Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA eingereicht

Attac reicht gemeinsam mit anderen Organisationen eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA ein. Die Initiative „Stop TTIP“ fordert die EU-Kommission auf, dem EU-Ministerrat zu empfehlen, das Verhandlungsmandat über TTIP aufzuheben und auch CETA nicht abzuschließen. Die Unterschriftensammlung für die EBI soll im September beginnen.

18. Juli 2014

100 NGOs bei Anti-TTIP-Treffen in Brüssel

Der Widerstand gegen die Freihandelsverhandlungen der EU wächst in allen beteiligten Ländern. Bei einem Strategietreffen in Brüssel beschließen die VertreterInnen von 100 europäischen Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen einen europaweiten Aktionstag gegen TTIP und CETA am 11. Oktober.

21. August 2014

Gegenwind für Wirtschaftsnobelpreisträger

In Lindau trifft sich die mit dem Nobelpreis geehrte Elite der Wirtschaftswissenschaften

zu ihrer „Laureatentagung“. Jene Elite also, die sich in grundlegenden Fragen geirrt hat und mit ihrem Drängen auf eine Politik der Haushaltskonsolidierung die Ungleichheit in Europa weiter verschärft. Mit öffentlichen Aktivitäten begleiten der Wissenschaftliche Beirat von Attac und Attac Bodensee das Treffen kritisch.

19. bis 23. August 2014

2000 Aktive bei Europäischer Attac-Sommeruni in Paris

Mehr als 2000 Menschen aus 44 Ländern kommen nach Paris zur Europäischen Sommeruniversität für soziale Bewegungen (ESU) von Attac. Der Zustand und die Zukunft Europas stehen im Mittelpunkt der Debatten in den rund 120 Workshops, Seminaren und großen Diskussionsforen. Und immer wieder geht es um die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Die ESU erweist sich als guter Ort, sich grenzübergreifend auszutauschen und den gemeinsamen Widerstand zu stärken. Hier treffen sich AkteurInnen einer wachen und lebendigen europäischen Zivilgesellschaft, die fähig zu Widerstand und positiven Alternativen ist.

11. September 2014

EU-Kommission lehnt TTIP-Bürgerinitiative ab

Die Europäische Kommission bekommt Muffensausen und lehnt die Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP und CETA kurzerhand ab – mit fadenscheinigen rechtlichen Argumenten. Attac und die Partner im Bündnis „Stop TTIP“ sind sich einig: Wir werden gegen die Entscheidung klagen – und den Protest gegen die Freihandelsabkommen fortsetzen.

11. September 2014

10.000 Kommunen TTIP-frei

„10.000 Kommunen TTIP-frei!“ Unter diesem Motto unterstützt Attac BürgerInnen dabei, sich für die kommunale Selbstverwaltung und gegen TTIP stark zu machen. Denn TTIP hätte auch weitreichende Auswirkungen auf die

Städte und Gemeinden; der Privatisierungsdruck würde massiv zunehmen. Vorbild für die Initiative „10.000 Kommunen TTIP-frei“ ist Frankreich, wo sich bereits zahlreiche Kommunen und Regionen gegen das Abkommen positioniert haben.

www.attac.de/TTIP-in-Kommunen

19. September 2014

Bündnis „Stop TTIP“ zieht vor Europäischen Gerichtshof

Das Bündnis „Stop TTIP“ entscheidet, Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Europäischen Bürgerinitiative zu TTIP und CETA durch die Europäische Kommission einzulegen. Attac und die anderen Organisatoren kündigen außerdem an, die EBI wie geplant durchzuführen – auch ohne Anerkennung durch die EU-Kommission. Denn: Protest lässt sich nicht verbieten.

19. September 2014

Attac startet Initiative „Ich bin ein Handelshemmnis!“

Attac kapert einen der Kampfbegriffe der Freihandelslobby: das Handelshemmnis. Darunter verstehen die Lobbyisten für TTIP, CETA und Co. nicht nur Zölle, sondern Klimaschutz, Arbeitsrechte, Sozialstandards, Verbraucherschutz bis letztlich zur Demokratie selbst. Indem Menschen sich selbst öffentlich zum Handelshemmnis erklären, verteidigen sie die durch TTIP und Co. bedrohten gesellschaftlichen Errungenschaften.

www.ich-bin-ein-handelshemmnis.de

22. September 2014

CETA-Gutachten spielt Sonderrechte für Konzerne herunter

Das Bundeswirtschaftsministerium präsentiert ein Gutachten, das den Investorenschutz in dem geplanten EU-Kanada-Abkommen CETA als harmlos darstellt. Kein Wunder: Der Verfasser des Gutachtens ist selbst Schlichter an den kritisierten internationalen



Kampagne „Ich bin ein Handelshemmnis“

Schiedsgerichten. Attac bleibt dabei: CETA darf nicht unterzeichnet werden. Insbesondere beim Investorenschutz gibt es keinen Anlass für Entwarnung!

3. Oktober 2014

EU erklärt Sicherheit von Chemikalien zur Verhandlungssache

Ein geleakter Text bringt ans Licht, wie sehr die EU-Kommission in den TTIP-Verhandlungen mit den USA den Wünschen der chemischen Industrie nachkommt: Die EU erklärt ihre höheren Standards für die Zulassung gefährlicher Chemikalien zur Verhandlungssache – ohne erkennbaren Druck der USA. Damit könnten selbst heute existierende, mühsam errungene EU-Sicherheitsstandards bei der Zulassung von Chemikalien verwässert werden.

7. Oktober 2014

Selbstorganisiert: Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA startet

Die Ablehnung der EBI durch die EU-Kommission hält den Protest nicht auf. Das Bündnis „Stop TTIP“ startet kurzerhand eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (sEBI) gegen TTIP und CETA. Rund 250 Organisationen aus 22 EU-Ländern sammeln ab sofort im Internet und auf der Straße Unterschriften. Jetzt unterschreiben:

www.attac.de/sebi

9. Oktober 2014

Prozess wegen Blockupy-Kessel: Bündnis stellt Antrag auf Berufung

Das Blockupy-Bündnis stellt Antrag auf Berufung gegen das Urteil des Frankfurter Verwaltungsgerichts, demzufolge der Polizeikessel bei der Blockupy-Demonstration im Juni 2013 rechtmäßig gewesen sei. Denn bliebe es beim Urteil der Frankfurter Richter, dürfte die Polizei jederzeit tausenden Menschen wegen einiger weniger Auflagenverstöße ihr Recht auf Versammlungsfreiheit nehmen.



Aktionstag gegen TTIP, CETA und TiSA

9. Oktober 2014

Herbstgutachten bestätigt: Krisenpolitik verschärft Krise

Das Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute bestätigt, dass die aktuelle Politik die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft, statt sie zu lösen. Die pessimistische Prognose reiht sich ein in einen Reigen anderer, etwa des IWF. Keine Überraschung: Das Krisenmanagement der EU verschärft die Krise und treibt zig Millionen EuropäerInnen in die Armut.

11. Oktober 2014

Hunderttausende auf den Straßen gegen TTIP, CETA und TiSA

Hunderttausende in ganz Europa sind am Aktionstag auf den Straßen, um laut Nein zu sagen zu den geplanten Freihandelsabkommen der EU. An mehr als 1000 Orten finden Proteste gegen TTIP, CETA und TiSA statt. Allein in Deutschland gibt es in mehr als 150 Städten Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen, zu denen lokale Attac-Gruppen und Bündnisse mobilisiert haben. Zudem haben bereits mehr als 430.000 Menschen die selbstorganisierte europäische Bürgerinitiative des Bündnisses „Stop TTIP“ unterzeichnet – vier Tage nach ihrem Start.

Ausblick

7. bis 9. November 2014

Attac-Ratschlag in Erfurt

Die Attacies treffen sich in Erfurt zu ihrem Bundestreffen, dem Herbst-Ratschlag, um den Themenschwerpunkt und die Strategien für 2015 zu diskutieren. Zum Auftakt geht es um die Frage, wo sich Attac in der Debatte um eine Gesellschaft jenseits des Wachstums verortet. Mehrere Workshops befassen sich mit aktuellen politischen Themen: dem Kampf gegen die Freihandelsagenda der EU, der verfehlten europäischen Krisenpolitik und Blockupy, Klimagerechtigkeit und den kriegerischen Auseinandersetzungen an vielen Orten der Welt. Die

Delegierten verabschieden den Attac-Haushalt 2015 und wählen die bundesweiten Gremien.

www.attac.de/ratschlag

20. bis 23. November 2014

Blockupy-Festival: diskutieren, tanzen, handeln

Die Blockupy-Proteste gegen die europaweite Verarmungspolitik gehen weiter: mit Debatten, Kultur und Aktionen bei einem viertägigen Festival in Frankfurt. Das Motto: „talk – dance – act“ (diskutieren, tanzen, handeln). Vier Tage lang diskutieren die Blockupy-Aktiven – darunter viele Attacies – und alle, die Blockupy kennen lernen wollen, in Workshops, Podiumsveranstaltungen und Versammlungen über die nächsten Schritte des Widerstands, besuchen selbstbestimmte Kultur- und Wohnprojekte, Kneipen, Cafés, Theater, Kinos und Buchläden in Frankfurt und machen ihren Protest gegen die Verarmungspolitik sichtbar.

www.t1p.de/festival-blockupy

23. November 2014

Arbeitstreffen der Attac-AG Genug für alle

Die bundesweite Attac-Arbeitsgruppe „Genug für alle“ engagiert sich unter anderem für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen. Sie trifft sich im Attac-Bundesbüro in Frankfurt zum dritten Arbeitstreffen in diesem Jahr. Neue MitstreiterInnen sind willkommen.

24. bis 25. Januar 2014

Treffen der TTIP-Kampagne

Wie sehen die nächsten Schritte der TTIP-Kampagne von Attac aus? Darüber tauschen sich die Aktiven der Attac-Kampagne „TTIP in die Tonne“ bei einem Treffen Anfang des neuen Jahres aus – voraussichtlich am 24. und 25. Januar. Der Termin muss aus organisatorischen Gründen noch bestätigt werden.

www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/termine/

Mehr Informationen zu den Terminen:

www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

Lust auf Analyse

Markus Weber ist Absolvent der Attacademie



Markus Weber (31) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Soziale Gesellschaft, aktiv in der TTIP-Kampagnengruppe und lebt in Berlin. Wir haben mit ihm über die Erfahrungen gesprochen, die er bei der Attacademie gemacht hat.

Hallo Markus, Du bist frischgebackener „Absolvent“ der Attacademie. Wie war Dein Weg dorthin? Wie hast Du begonnen, Dich für Politik zu interessieren?

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Was sind Schritte, um diese zu erreichen? Wie können wir diese am besten meistern? Diese Fragen beschäftigen mich seit langem. Durch Attac wurde ich politisiert und erstmals politisch aktiv, 2001 in der Attac-Gruppe Fulda. Nach einiger Aktivität in den ersten Jahren war ich jedoch lange Zeit eher in anderen politischen Gruppen engagiert.

Während eines Praktikums bei „ausgestrahlt“ gab mir eine Kollegin, die im Parallelkurs „Zukunftspiloten“ mitmacht, den Tipp, mich bei der Attacademie zu bewerben. Das Schwerpunktthema der 8. Attacademie 2013/2014 lautete „Kapitalismus ... und dann?“ Meine Magisterarbeit hatte ich zur Kritischen Theorie geschrieben, wobei die Analyse der Wesensmerkmale des Kapitalismus und Möglichkeiten ihrer Überwindung einen zentralen Punkt darstellten. Ich hoffte, die in meinem Studium gewonnen Erkenntnisse vertiefen zu können, aber vor allem auch Wege zu entdecken, sie umzusetzen in praktische Politik, die realistische Auswege aus dem neoliberalen Kapitalismus und Möglichkeiten einer gerechteren Gesellschaft aufzuzeigen und gesellschaftlichen Protest stärken kann.

Und? Haben sich Deine Erwartungen erfüllt?

Ja, absolut. Im Rahmen der Attacademie habe ich mich zum Beispiel näher mit den Ideen Antonio Gramscis beschäftigt, die einige Parallelen zur Kritischen Theorie aufweisen, aber deutlich mehr praktische Lösungswege bieten. Auch die verschiedenen

Modelle Sozialer Ökonomie, die bereits gedacht und auch gelebt werden, nötigen Adornos „Es gibt kein richtiges Leben im Falschen“ zumindest eine kleine Korrektur ab.

Abgesehen von theoretischen Grundlagen: Was hat Dir die Attacademie für Deinen politischen Alltag gebracht?

Besonders interessiert haben mich die Werkzeuge und Methoden des politischen Campaignings. „Alles hängt mit allem zusammen“ ist oft der Tod jeder erfolversprechenden politischen Veränderung – wir brauchen ein überlegtes, ein strategisches Vorgehen. Tools etwa zu Analysen von Policy-Prozessen, des politischen Umfeldes und der Kräfteverhältnisse, zur Bestimmung von Stakeholdern oder Zielgruppen, zur Entwicklung einer strategischen Ausrichtung und erfolversprechender und adäquater Maßnahmen können hier viel weiterhelfen. Die Attacademie hat mich motiviert, mich tiefgehend damit zu beschäftigen. Auch in anderen Bereichen wie Pressearbeit oder Fundraising konnten wir an den Erfahrungen langjährig in den Bereichen Engagierter und Beschäftigter teilhaben und auch Werkzeuge des Projektmanagements kennenlernen. So habe ich effektivere und zielgerichtete Arbeitsmethoden kennengelernt, durch die ich noch mehr Lust bekam, wieder aktiv bei Attac zu werden.

Wie hat sich Dein politisches Engagement durch die Attacademie verändert?

Ich bin in der bundesweiten TTIP-Kampagnengruppe von Attac Deutschland gegen TTIP aktiv. Dabei haben mir die Campaigning-Tools viel weitergeholfen. Ich bin dabei in unterschiedlichen Bereichen wie Strategieentwicklung, Aktionsplanung, Öffentlichkeitsarbeit oder Mitarbeit an Materialien beteiligt. Da wir mit der Attacademie auch nach Paris zur Europäischen Sommeruniversität des Attac-Netzwerkes gefahren sind, gab dies auch den Anstoß, dort ein Seminar zur Stärkung der

ist ein studien- und berufsbegleitendes Weiterbildungsprogramm zu Theorie und Praxis der Globalisierungskritik. Das Angebot richtet sich an alle, die im Attac-Netzwerk oder in anderen sozialen Bewegungen aktiv sind. Der einjährige Kurs für bis zu 18 Teilnehmer_innen besteht aus sechs mehrtägigen Seminaren. Die neu erworbenen oder ausgebauten Fähigkeiten werden in einem begleitenden Praxisprojekt angewendet. Zusätzlich nutzen wir gemeinsam E-Learning-Tools im Netz.

Die Teilnehmenden der Attacademie erarbeiten sich im Laufe eines Jahres einen fundierten Überblick über verschiedene maßgebliche Wirtschaftstheorien sowie über die theoretische und historische Analyse des Kapitalismus und die Kritik daran. Methodisches Handwerkszeug wie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnenplanung, Aktionsplanung, Moderation, Fundraising sowie die Anleitung konstruktiver Gruppenprozesse vervollständigen das Seminarprogramm. Die Kombination von inhaltlichem, theoretischem und methodischem Lernen und konkreter Praxis in einer festen Gruppe schafft einen besonderen Lern- und Reflexionsraum. In der Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Schwerpunktthema eignen sich die Teilnehmenden nicht nur Basiswissen an, sondern sammeln auch konkrete politische Erfahrung.

Die Attacademie ermutigt Globalisierungskritiker_innen zur aktiven Mitarbeit in Kampagnen, Arbeitsgruppen oder lokalen Attac-Gruppen und qualifiziert sie für die Initiierung wirkungsvoller politischer Projekte auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

**Nächster Kurs:
Februar – Oktober 2015**

Mit 6 Seminaren u.a. zu Projektarbeit, zu Themen der TeilnehmerInnen, Arbeiten in Teams, Kampagnenarbeit, Fundraising, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Mehr Informationen und Kontakt unter:
www.attac-netzwerk.de/attacademie

internationalen Zusammenarbeit der weltweiten Kampagnen gegen Freihandelsabkommen und gegen Konzernmacht mitzuorganisieren. Dort konnten wir Erfahrungen mit Aktiven aus anderen Ländern austauschen, über gemeinsame Strategien beraten und Aktionen planen.

Auch in Attac-Ortsgruppen bin ich wieder stärker aktiv, zuerst in Hamburg, dann in Berlin – dorthin kam ich über ein Praktikum bei *Gemeingut in BürgerInnenhand*. In Berlin arbeite ich in der Projektgruppe noTTIP, betreue die Homepage und übernehme verschiedene Aufgaben in der Öffentlichkeitsarbeit. Und ich wünsche mir, mich künftig auch beruflich mit politischer Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit zu beschäftigen.

Interview: **Jule Axmann**

Wieviel Politik und Einmischung ist erlaubt?

Attac bleibt gemeinnützig!



Europäische Sommerakademie 2011 in Freiburg

Formal ist Attac Deutschland das Projekt des gemeinnützigen Attac Trägerverein e.V. Für die Steuerjahre 2010 bis 2012 hat das Finanzamt Frankfurt dem Verein die Gemeinnützigkeit aberkannt. Wir haben Einspruch dagegen eingelegt, eine endgültige Entscheidung steht noch aus. Bleibt das Finanzamt bei seiner Einschätzung, sind wir darauf vorbereitet, unsere Argumente auch vor Gericht darzulegen.

Es geht dabei an keiner Stelle um den Vorwurf, dass Attac mit dem ihm anvertrauten Geld unseriös oder intransparent gearbeitet hätte. Das Finanzamt behauptet, dass Attac in der tatsächlichen Arbeit mehr auf politische Einmischungen und engagiertes, informiertes Mitgestalten der Bürgerinnen und Bürger setzt, als es die gesetzliche Grundlage, die Abgabenordnung, erlaubt. Laut Anwendungserlass zur Abgabenordnung (AEAO), in dem die Regeln für gemeinnützige Vereine definiert sind, zählen „politische Zwecke (Beeinflussung der politischen Meinungsbildung) grundsätzlich nicht zu den gemeinnützigen Zwecken“ – politische Bildungsangebote dagegen schon. Besonders in unserem Engagement zur Regulierung der Finanzmärkte, dem in der AG „Genug für Alle“ diskutierten bedingungslosen Grundeinkommen oder der Einführung einer Vermögensabgabe sieht das Finanzamt keinen gemeinnützigen Zweck.

Wir halten dem entgegen: Politische Bildung führt zu politischer Meinungsbildung; politische Meinungsbildung führt im besten Fall zu politischem Engagement – und dieses hat mitunter reale Auswirkungen. Wir nehmen unseren Anspruch als Bildungsbewegung ernst und sehen es als Erfolg unserer Informations- und Bildungsarbeit, wenn viele Menschen sich einmischen.

Viel mehr noch: Es ist sogar die definierte Aufgabe zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Attac, politische Entscheidungsprozesse zu begleiten und Menschen zu befähigen, sich aktiv einzubringen und damit letztlich auch für sie relevante Entscheidungen zu kommentieren und zu beeinflussen. Dieses Verständnis von Arbeit und Wirkung gemeinnütziger Vereine als Teil der Zivilgesellschaft ist ein breit getragener gesellschaftlicher Konsens. Bei vielen Gelegenheiten wird eine meinungsbildende Beteiligung von Organisationen staatlicherseits sogar eingefordert – so laden Regierende verschiedener Ebenen regelmäßig zur Beteiligung an Kommissionen oder Runden Tischen ein.

Den modernen gesellschaftlichen Herausforderungen und Anforderungen an eine lebendige Demokratie wird das bestehende Gemeinnützigkeitsrecht, das noch aus den Anfängen des letzten Jahrhunderts stammt, nicht gerecht. Die antiquierte Vorstellung von Bürgerschaft und Engagement, wie sie dem Gesetz zugrunde liegt, wirft Vereinen über den Entzug von Gemeinnützigkeit Knüppel zwischen die Beine. Dies bedroht eine lebendige Zivilgesellschaft, die für eine funktionierende Demokratie essentiell ist. Unsere Gesellschaft braucht mehr Einmischung und Engagement und weniger Politikverdrossenheit.

Seit 2000 engagiert sich Attac für eine andere Welt; seitdem hat das Finanzamt regelmäßig unsere Gemeinnützigkeit bestätigt, entsprechend der Satzungszwecke gemäß §52 Abs. 2 der Abgabenordnung (Förderung von Bildung, internationaler Gesinnung und Toleranz, des demokratischen Staatswesens, des Umweltschutzes sowie von Wissenschaft und Forschung).

Was heißt das für Mitglieder, Spenderinnen und Spender?

Der negative Bescheid für die Geschäftsjahre 2010 bis 2012 bedeutet, dass Attac auch für die Zeit bis heute nicht mehr die Vorteile der Gemeinnützigkeit genießt. Die zeitliche Verzögerung ist nicht unüblich, denn jede Anerkennung von Gemeinnützigkeit erfolgt bis auf Widerruf und basiert auf zurückliegenden Zeiträumen. Sobald uns der endgültige Bescheid des Finanzamts vorliegt, werden wir unsere Spenderinnen, Spender und Mitglieder über den Sachstand informieren. Heute können wir schon mitteilen: Alle Zuwendungsbestätigungen bis einschließlich für das Jahr 2013, die Attac bereits ausgestellt hat, behalten ihre Gültigkeit. Nach aktuellem Stand können wir für Spendeneingänge ab dem 1.1.2014 aber keine Spendenbescheinigungen mehr ausstellen.

Wenn der endgültige Bescheid des Finanzamtes zu unseren Gunsten entschieden wird, werden wir für die 2014 eingegangenen Spenden wie gewohnt zu Beginn des nächsten Jahres Zuwendungsbestätigungen ausstellen. Gibt das Finanzamt unserem Einspruch nicht statt, können die 2014 eingegangenen Spenden und Mitgliedsbeiträge steuerlich nicht geltend gemacht werden – zumindest gilt das bis zu einem gegebenenfalls anders lautenden Gerichtsurteil. Natürlich werden wir in diesem Fall vor dem Finanzgericht klagen, bis zum Urteilsspruch kann es aber einige Jahre dauern.

Gleichzeitig setzen wir alles daran, dass unsere wichtige Arbeit nicht unter der Situation leidet: Wir werden auch weiterhin strittige Themen – wie aktuell die geheimen Verhandlungen zum Freihandel TTIP und CETA oder die legale Steuerhinterziehung von Konzernen – aufgreifen und auf die gesellschaftliche Agenda setzen. Täglich kommen u. a. dadurch viele Menschen neu in Kontakt mit Attac. Auch ihnen möchten wir weiterhin Möglichkeiten bieten, sich politisch fortzubilden und aktiv zu werden. Dabei sind wir weiterhin auf Spenden angewiesen! Sie erhalten Attac die finanzielle Grundlage, um all unsere Projekte weiterhin möglich zu machen: Von der Sommerakademie über die kontinuierliche Arbeit in über 180 lokalen Gruppen, von unzähligen Bildungsveranstaltungen bis hin zu Kongressen, Kampagnen und zugespitzten Aktionen. Deshalb setzen wir sehr darauf, dass uns Mitglieder und Spender/innen treu bleiben – oder sich sogar jetzt erst recht entscheiden, Attac aktiv und finanziell zu stärken.

Ad-hoc-AG Gemeinnützigkeit

Blockupy-Festival

20. bis 23. November 2014 in Frankfurt am Main



Die Blockupy-Proteste gegen die Verarmungspolitik der Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds gehen weiter: Vom 20. bis 23. November lädt das Blockupy-Bündnis zu einem Festival nach Frankfurt mit Debatte, Kultur und Aktion.

Unter dem Motto „talk – dance – act“ können die FestivalbesucherInnen vier Tage lang in Workshops, Podiumsveranstaltungen und Versammlungen die nächsten Schritte diskutieren, selbstbestimmte Kultur- und Wohnprojekte, Kneipen, Cafés, Theater, Kinos und Buchläden besuchen und ihren Protest gegen die Verarmungspolitik der Troika sichtbar machen.

Das Festival soll auch eine Art Generalprobe sein: Denn im Frühjahr 2015 will sich das

Blockupy-Bündnis bei der Eröffnungsfeier des EZB-Neubaus in Frankfurt mit massenhaften Aktionen des Zivilen Ungehorsams Gehör verschaffen. Der Termin der Eröffnung wird derzeit von der EZB noch streng geheim gehalten, die Vorbereitungen der Aktionen sind dennoch bereits im Gange.

Eine andere Welt ist möglich – und nötig – mach mit!

Zentrale Forderungen der Blockupy-Proteste sind das sofortige Ende der europaweiten Kürzungspolitik, der Verhandlungen zu den transatlantischen Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada (TTIP und CETA) sowie von Abschiebungen und der rassistischen Migrationspolitik.

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter: 069-900 281-10

Das Blockupy-Bündnis mobilisiert seit Mai 2012 für Proteste gegen die Auflagen-Politik der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds. Mit dabei sind viele Attac-Aktive. Denn das falsche Management der Wirtschaftskrise in Europa verursacht massive Verarmung in den betroffenen Ländern, vor allem in Südeuropa. Diese Politik ist sozial und ökologisch verheerend, sie ist ein Generalangriff auf die Demokratie und sie gibt keine angemessene Antwort auf die Krise.

Das Attac-Netzwerk hat ganz konkrete Forderungen für ein gemeinsames, solidarisches und demokratisches Europa aufgestellt. Dazu gehören eine öffentliche Überprüfung der Schulden, eine Umverteilung des Reichtums, eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte sowie eine international koordinierte Unterbindung der Steuerflucht.

www.attac.de/blockupy

Der TheorieBlog von Attac



Attac hat zur Verbesserung der internen und externen Kommunikation ein neues Instrument geschaffen: den TheorieBlog, der im Januar online gegangen ist. Inhaltlich soll er kritische Gesellschaftstheorie zur Untermauerung politischer Diskussionen liefern. Das Themenspektrum ist dabei sehr weit

gefasst: Neben aktuellen Fragen der Finanz- und Eurokrise sowie des Welthandels werden auch sozialpolitische Themen wie die Ökonomisierung des Gesundheitswesens oder die Diskriminierung von Minderheiten als Folge wachsender sozialer Ungleichheit behandelt.

Der Blog beinhaltet folgende Elemente: *Artikel* (Hintergrund- und Impulsbeiträge), *Materialien* (Verlinkung zu Grundsatzpapieren), *Rezensionen* (Bücher und Zeitschriften) und *Links* (zu Zeitschriften und anderen Plattformen). Dem Selbstverständnis von Attac entsprechend wird keine verbindliche

weltanschauliche oder politische Linie vorgegeben, sondern der Blog ist offen für unterschiedliche theoretische Ansätze, die geeignet sind, eine emanzipatorische politische Praxis zu reflektieren.

Seit Januar sind schon zahlreiche Artikel zu aktuellen politischen Themen und ihren gesellschaftlichen und ökonomischen Hintergründen erschienen. Als nächstes größeres Projekt ist eine Serie von zusammenhängenden Beiträgen zur Erarbeitung einer postkapitalistischen Ökonomie geplant.

www.theorieblog.attac.de

Aus dem Attac-Shop

Werner Rätz, Dagmar Paternoga, Hermann Mahler: Solidarisch aus der Krise wirtschaften Attac-Basistext 46

Für Perspektiven einer Postwachstumsökonomie gilt es, die Kämpfe gegen die ökologische Zerstörung mit den sozialen Auseinandersetzungen und dem Widerstand gegen die tödliche Austeritätspolitik zu verbinden.

Kapitalistisches Wachstum erzeugt ökologische und ökonomische Krisen. Das ist allgemein bekannt. Dennoch gilt es ebenfalls als ausgemacht, dass kapitalistisches Wachstum zur Lösung der sozialen und ökonomischen Krisen unverzichtbar ist.

Ein genauere Blick zeigt allerdings einen bemerkenswerten Widerspruch: Obwohl die Welt voll ist mit Dingen, die niemand braucht, erhalten Milliarden Menschen nicht das zu einem guten Leben Notwendige, eine Milliarde Menschen hungert, während die Reichsten der Reichen immer vermöglicher werden. Weil die Verteilung des Reichtums im Kapitalismus der Verteilung des Eigentums an Produktionsmitteln folgt, gibt es ihn nur mit und durch Armut.

Tatsächlich löst kapitalistisches Wachstum die soziale und die ökonomische Krise nicht, sondern verschärft sie auch weiterhin auf Kosten der Umwelt. Daran ändern auch modische Begriffe wie „Nachhaltigkeit“ oder „Green New Deal“ nichts. Die AutorInnen spüren der Frage nach, wie ein solidarischer Weg aus der

Krise, abseits kapitalistischen Wachstums, denkbar ist.

Alle drei AutorInnen sind aktiv in der Attac AG „Jenseits des Wachstums“; außerdem ist Werner Rätz Mitglied im Attac-Koordinierungskreis und der AG Soziale Sicherungssysteme, Dagmar Paternoga im Attac-Rat und der AG „Genug für alle“, und Hermann Mahler im Attac-Rat und der Projektgruppe Eurokrise.

Broschiert, 96 S., 7 EUR



Bestellungen online unter: www.attac.de/shop
Telefonisch unter 069/900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-900 281-10
Fax: 069-900 281-99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann,
Karsten Peters, Werner Rätz,
Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN

Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

TTIP, CETA und Co stoppen – jetzt erst recht!

Die Europäische Kommission möchte die Meinung der Bürgerinnen und Bürger zu TTIP und CETA nicht wissen – und wir wissen auch, warum. Doch mit dem Bündnis „Stop TTIP“ sammeln wir jetzt Unterschriften unter unsere selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (sEBI)! Wir bestehen auf der Möglichkeit für Jede und Jeden, die eigene Stimme gegen TTIP und CETA zu erheben – ob die EU-Kommission möchte oder nicht. Mehr als 250 Organisationen aus 22 EU-Ländern machen mit, und bereits nach der ersten Woche haben wir die Marke von 600.000 UnterzeichnerInnen geknackt. Jetzt dürfen wir nicht nachlassen; 1.000.000 UnterzeichnerInnen sind das Ziel! Mehr Informationen zur sEBI finden sich auch in dieser Ausgabe auf Seite 1.

Auch an dieser Stelle zeigt sich, wie wichtig die Arbeit von Attac ist: Attac gehört zu den InitiatorInnen des Bündnisses; viele Attac-Gruppen

vor Ort initiieren lokale Bündnisse, stellen kreative Aktionen gegen das TTIP auf die Beine und sammeln Unterschriften. Doch jetzt ist unser Engagement bedroht; wir befinden uns in einem Klärungsprozess mit dem Finanzamt Frankfurt, das uns aktuell unsere Gemeinnützigkeit entzogen hat (mehr dazu auf Seite 9). Gerade deshalb sind wir jetzt in besonderem Maße auf Spenden angewiesen! Die juristische Auseinandersetzung mit dem Finanzamt fordert auch finanzielle Ressourcen, die wir dringend für unsere politischen Projekte benötigen.

Unterstütze uns deshalb mit einer Spende, damit wir die sEBI voranbringen und uns weiter gegen Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und Co stark machen können, die unsere Demokratie bedrohen!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden geht das ganz unkompliziert – herzlichen Dank!



Hinweis

Aktuell können wir für eingehende Spenden keine Steuerabzugsfähigkeit garantieren. Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; diese Gemeinnützigkeit ist aktuell aber durch das Finanzamt in Frage gestellt. Wir befinden uns deshalb in einem Klärungsprozess, sind aber zuversichtlich, dass die Gemeinnützigkeit unseres Engagements auch vom Finanzamt wieder bestätigt wird. Bis dahin können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in
Deutschland und
in andere EU-/EWR-
Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1404

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE